

Interpellation

0609 Masshardt, Langenthal (SP-JUSO)

Weitere Unterschriften: 33

Eingereicht am: 29.11.2006

Verbesserung der Politischen Bildung

- Sieht der Regierungsrat Defizite in der Bildung im Bereich Staatskunde und Schweizer Geschichte? Wie schätzt er die Qualität dieses Unterrichts im Kanton Bern ein?
- Wie gedenkt der Regierungsrat auf die Ergebnisse der Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ zu reagieren? Plant der Regierungsrat Reformen im Bereich der politischen Bildung?
- Gibt es Umsetzungsschwierigkeiten des heutigen Berner Lehrplans 95?
- Wie wird die Einhaltung des Lehrplans in der Volksschule von der Erziehungsdirektion überprüft?
- Wie gedenkt der Regierungsrat bei der Erarbeitung des neuen deutschschweizerischen Lehrplans darauf hinzuwirken, die zeitgemässe politische Bildung, den heutigen Stand der Wissenschaft und der historischen Aufarbeitung einzubringen?
- Was hält der Regierungsrat von der Idee des Unterrichts nach dem Prinzip des Spiralcurriculums, damit bereits vor der 7. Klasse der politische Unterricht einsetzen kann und somit einer entwicklungs- und stufengemässen Einführung in die demokratische und politische Lebensform entsprochen werden kann?

Begründung:

Das Fazit der aktuellen Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ ist nicht neu. In der Vergangenheit haben bereits andere Untersuchungen illustriert, dass wir in der Schweiz ein Defizit in der politischen Bildung aufweisen. Die „Pädagogischen Rekrutenprüfungen“ haben gezeigt, dass das Niveau des politischen Wissens der 20jährigen männlichen Bevölkerung in der Schweiz tief ist. Diese Erkenntnis wurde auch bereits im internationalen Vergleich bestätigt. In einer OECD-Vergleichsstudie (1998) zu „Cross-Curricular-Competencies“ lag die Schweiz an letzter Stelle. Auch in der Civic Education Study IEA (2004), an der 29 Länder teilnahmen, schnitt die Schweiz vergleichsweise schlecht ab. Sie landete auf dem 19. Platz. Der emeritierte St. Galler Professor für Wirtschaftspädagogik, Rolf Dubs, bestätigte im Tages-Anzeiger vom 2.11.06: „Das Problem ist bekannt. An vielen Orten genügt der Unterricht nicht.“ Die gleiche Meinung vertritt Anton Strittmatter, Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle des schweizerischen Lehrerverbands. „Im Bereich der politischen Bildung herrscht die totale Beliebigkeit.“

Man ist sich somit seit vielen Jahren bewusst, dass die politische Bildung nicht genügt oder nicht optimal vermittelt wird. Meist liegt das Problem in der Umsetzung. So ist im Schlussbericht von Prof. Dr. Fritz Oser und Dr. Roland Reichenbach zum Mandat „Politische Bildung in der Schweiz“ zuhanden der Schweizerischen Konferenz der

kantonalen Erziehungsdirektoren EDK (1999) u.a. festgehalten, dass es problematisch sei, wenn bis zur 7. Klasse explizierter und intendierter politischer Unterricht abwesend ist. Sie fordern deshalb ein „Spiralcurriculum“ der demokratischen Erziehung und politischen Bildung, welches einer entwicklungs- und stufengemässen Einführung in die demokratische und politische Lebensform entsprechen würde.

Antwort des Regierungsrates

Die Interpellation nimmt Bezug auf Untersuchungen zur politischen Bildung in der Schweiz und stellt sechs Fragen zur Verbesserung der politischen Bildung im Kanton Bern. Staatskunde und politische Bildung ist im Volksschullehrplan, aber auch in den Lehrplänen für die Gymnasien und Berufsfachschulen verbindlich geregelt. Die Fragen beziehen sich somit im Wesentlichen auf die Wirksamkeit der politischen Bildung.

Die Fragen lassen sich aus der Sicht des Regierungsrates wie folgt beantworten:

1. Dem Regierungsrat sind die in der Interpellation erwähnten Untersuchungen zum Stand der politischen Bildung in der Schweiz bekannt. Die Untersuchung von Oser und Reichenbach hat unter anderem gezeigt, dass die Schweizer Jugendlichen im internationalen Vergleich ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in staatliche und politische Instanzen haben, dass sie sich aber wenig für Politik interessieren und über ein unterdurchschnittliches politisches Wissen verfügen. Untersuchungen zum Wissen in Geschichte sowie zur Qualität des Unterrichts im Kanton Bern sind dem Regierungsrat nicht bekannt. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die im gesamtschweizerischen Kontext festgestellten Mängel auch auf den Kanton Bern zutreffen.
2. Die Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ ist dem Regierungsrat in einer Entwurfsfassung bekannt. Sie war zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Antwort noch nicht publiziert. Sobald die Studie veröffentlicht sein wird, wird sich die Erziehungsdirektion damit befassen. Die Erziehungsdirektion hat bereits im Herbst 2006 eine Umsetzungshilfe zur politischen Bildung an der Volksschule herausgegeben, in der die Bedeutung und die Aufgabe der politischen Bildung sowie die Lehrplaninhalte und die Umsetzungsmöglichkeiten auf allen Stufen dargestellt sind. Im Frühling 2007 erscheint zudem beim Schulverlag ein Ordner „Politik und Demokratie – leben und lernen“, der in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen im Rahmen der interkantonalen Lehrmittelzentrale entwickelt wurde. Die Erziehungsdirektion wird diesen Ordner und die erwähnte Umsetzungshilfe zum Berner Lehrplan allen Schulen kostenlos zustellen. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass mit diesen Massnahmen die politische Bildung an unseren Schulen verbessert werden kann.
3. Obwohl der Berner Lehrplan auf allen Stufen politische Themen enthält, sind die Ergebnisse – wie die erwähnten Untersuchungen zeigen – nicht befriedigend. Dies liegt unter anderem daran, dass die Ziele und Inhalte der politischen Bildung im Lehrplan nicht in einem speziellen Abschnitt zusammengefasst sind. Aus diesem Grund wurde die erwähnte Umsetzungshilfe zum Lehrplan erarbeitet.
4. Für die Einhaltung des Lehrplans in der Volksschule sind in erster Linie die Lehrerinnen und Lehrer verantwortlich. Überprüft wird die Einhaltung durch die Schulinspektorate. Die Orientierung am Lehrplan wird in den regelmässig durchzuführenden Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen zwischen den Lehrpersonen und den Schulleitungen thematisiert.

5. Die Arbeiten am Deutschschweizer Lehrplan haben im Dezember 2006 begonnen. Der Kanton Bern ist durch den Erziehungsdirektor im Steuerungsgremium dieses Projekts vertreten. An den momentan laufenden Grundlagenarbeiten sind zwei Lehrplanfachleute aus dem Kanton Bern beteiligt; sie werden die Anliegen des Kantons Bern, die sich in Bezug auf die Bedeutsamkeit der politischen Bildung kaum von den Anliegen anderer Kantone unterscheiden, in die Projektarbeit einbringen.
6. Bereits der heutige Lehrplan ist gemäss dem Konzept des Spiralcurriculums aufgebaut: Alle Stufen der Volksschule enthalten politische Unterrichtsinhalte. Darüber hinaus wird die politische Bildung auch auf der Sekundarstufe II an den Mittelschulen und den Berufsfachschulen erneut thematisiert.

An den Grossen Rat